

Soziale Teilhabe als Fundament für Wohlstand und Demokratie¹

Von Ulrich Schneider

In: Wirtschaftsforum der SPD (Hg.) Visionomics – Fünf Säulen für Wohlstand in einer unsicheren Welt Bonn 2025 S. 135 ff.

Deutschland befindet sich wirtschaftlich in einer ungewohnt lang andauernden Rezession. Zwei Jahre hintereinander Minuswachstum gab bisher erst ein Mal in der Geschichte der Bundesrepublik. Es war 2002/2003. Für eine Gesellschaft, die ganz auf Wachstum getrimmt ist, die immer aus einem Mehrerwirtschafteten verteilen konnte, ist dies eine harte Herausforderung. Dem deutschen Modell der Wachstumsgesellschaft scheint, zumindest zeitweise, der Boden entzogen. Und so verwundert auch nicht, dass nicht Wenige in einer Art einfältiger Panik oder auch panischer Einfalt wirtschaftlichem Wachstum einen *unbedingten und absoluten* politischen Vorrang einräumen möchten. Hänge doch alles andere vom wirtschaftlichen Erfolg dieses Landes ab.

Dass gerade in der drittstärksten Wirtschaftsmacht auf diesem Planeten Politik derart eindimensional jedoch nicht funktioniert und erfolgreiche Politik – auch und gerade Wirtschaftspolitik – einer systemischen Betrachtung bedarf, wird dabei entweder nicht gesehen oder weitestgehend ausgeblendet. Dabei sollten gerade die letzten Krisenjahre von Corona über den russischen Krieg gegen die Ukraine, die Energieknappheit bis hin zu explodierenden Lebenshaltungskosten Politiker und Politikerinnen aller Couleur eines Besseren belehrt haben.

Soziale Teilhabe und die Gewissheit, sich ihrer auch dann noch sicher sein zu können, wenn es das Schicksal mal nicht so gut mit einem meint, wenn man seinen Job verloren hat, wenn man gesundheitlich einfach nicht mehr kann oder auch einfach nur alt ist, sind kein ad on auf der politischen Prioritätenliste, sondern sind für eine aufgeklärte und demokratische Gesellschaft essentiell. Ob Wirtschafts-, Klima- und Umwelt oder Geopolitik: Es geht am Ende immer um die konkrete Möglichkeit eines guten Lebens für alle. Die Bedeutung einer guten Wirtschafts-, Umwelt- und Klimapolitik für den Lebensstandort Deutschland ist dabei weitgehend unstrittig. Dass auch eine weitsichtige Außen- und Geopolitik für die Sicherheit dieses Landes und seinem Wohlstand höchste Bedeutung hat, dürfte spätestens seit Anfang 2022 jedem klargeworden sein.

Weniger präsent scheint dagegen zu sein, dass die Möglichkeit sozialer Teilhabe, das Gefühl sozialer Sicherheit und der Eindruck sozialer Gerechtigkeit ihrerseits wesentliche Voraussetzung für eine gelingende Politik in den anderen Sektoren und schließlich für unsere Demokratie schlechthin sind. Der viel gelobte und viel beschworene soziale Frieden war schon von je her ein Standortvorteil der Bundesrepublik, dessen man sich rühmte. Die Politik konnte auf im Vergleich zu

¹ Erschienen in Wirtschaftsforum der SPD (Hg.): Visionomics – Fünf Säulen für Wohlstand in einer unsicheren Welt Bonn 2025 S. 135 ff.

anderen Ländern nur wenig Produktionsausfälle durch Arbeitskämpfe verweisen und selbst nach der Agenda 2010 noch auf einen halbwegs funktionierenden Sozialstaat und ein recht gutes Gesundheitssystem. Über die Bedeutung einer guten sozialen Infrastruktur für den Wirtschaftsstandort kann jeder Bürgermeister berichten, der sich um Unternehmensansiedlungen bemüht.

Auch für eine gelingende Umwelt- und Klimapolitik ist die Gewährleistung sozialer Teilhabe für alle eine Voraussetzung, wenn sich dieser Zusammenhang auch nicht gleich auf den ersten Blick erschließen mag. Eine verantwortliche Umwelt- und Klimapolitik, die Artenvielfalt genauso ernst nimmt wie das 1,5-Grad-Ziel, ist mit enormen Investitionen verbunden und verteuert die Lebenshaltung als Ganzes. In einer Demokratie, in der wir glücklicherweise leben dürfen, bedarf eine solche Politik der Zustimmung der Bevölkerung. Diese wird sie aber kaum geben, wenn Ängste vor einem sozialen Absturz vorherrschen, Angst, ob die klimasanierte Wohnung noch bezahlbar sein wird, ob der Fahrweg zur Arbeit nicht zu teuer wird, ob wenigstens die Ausgaben für das Nötigste noch gestemmt werden können, ob all die zusätzlichen Staatsausgaben letztlich dann doch wieder auf Kosten von Renten, Gesundheit, Arbeitslosengeld, Pflege oder Bildung für die Kinder getätigt werden und es letztlich wieder vor allem die „kleinen Leute“ sind, die dabei auf der Strecke bleiben.

Eine wirkungsvolle Klima- und Umweltpolitik wird daher in einer Demokratie nicht ohne soziale Flankierung und ohne das glaubhafte Versprechen verwirklicht werden können, dass niemand zurückgelassen wird. Die ökologische Wende wird in Deutschland nur ökosozial oder gar nicht stattfinden. Positiv formuliert: Die Menschen werden die die Klimawende mittragen, wenn ihnen glaubhaft die Angst genommen wird, sie könnten dadurch in ein soziales Abseits geraten. Wo Menschen in großer Zahl jedoch ohnehin bereits Angst haben, ob sie Morgen noch ihre Wohnung bezahlen können, ob es im Alter Mal für einen guten Lebensabend reichen wird, wie steigenden Lebenshaltungskosten aufgebracht werden sollen, ob ihr Arbeitsplatz noch sicher ist und was passiert, wenn er verloren geht, werden sie ihre Zustimmung verweigern. Es ist Sache der Politik, in soziale Vorleistung zu gehen.

Andernfalls gerät über Kurz oder Lang unsere demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung selbst in Gefahr. Soziale Sicherheit und die Möglichkeit zu sozialer Teilhabe sind ganz entscheidend für die Akzeptanz unserer parlamentarischen Demokratie. Die Menschen erwarten zurecht, dass unser politisches System zu einer Politik führt, die ihnen genau diese Sicherheit beschert. Wenn sie das nicht tut, wenn die demokratischen Parteien auf diesem Feld dauerhaft versagen, bekommen populistische und rechtsradikale Kräfte, die letztlich auf Systemfrust der Menschen setzen, Aufwind.

Den Aufstieg der AfD allein aus Mangel an sozialer Sicherheit heraus zu erklären, wäre sicherlich zu einfach. Aber es dürfte auch feststehen: In einem Land, in einem Staatssystem und mit einer Politik, in der sich alle - wohlgernekt „alle“ – gut aufgehoben und sicher fühlen, hätten es rechtsradikale und faschistische Kräfte sehr viel schwerer als derzeit. Leicht haben sie es, wenn mehr und mehr Menschen von sozialer Teilhabe ausgeschlossen werden oder wenn sie um ihre soziale Teilhabe und ein Leben in bescheidenem Wohlstand fürchten müssen – selbst dann, wenn

von Rechtsaußen keinerlei wirklich problemlösende Politikangebote gemacht werden.

Genau das jedoch ist die Lage in der Bundesrepublik. Über 14 Millionen arme Menschen zählt die Statistik in Deutschland, fast 17 Prozent aller Einwohner, deren Einkommen nicht einmal 60 Prozent des mittleren Einkommens in dieser Gesellschaft erreicht.² Jedes fünfte Kind lebt in einer einkommensarmen Familie und ist damit schlicht ausgesgrenzt in einer Gesellschaft, in der so gut wie alles – von Sport über Kultur bis zur Geselligkeit – über Geld funktioniert und in der die Gut- und Besserverdienenden den Standard es gesellschaftlichen Miteinanders vorgeben. Auch unter den älteren Menschen, vor allem unter Rentnerinnen und Rentnern, hat die Armut in den letzten Jahren eklatant zugenommen, zuletzt auf etwas über 18 Prozent.

Die enormen Preissprünge bei den Lebenshaltungskosten in den Jahren 2021 bis 2023 haben Hauhalten mit ohnehin geringem Einkommen besonders hart zugesetzt. Und die Preise steigen, wenn auch verlangsamt, weiter. Die Lebensmittelpreise liegen heute rund 30 Prozent über dem Vorkrisenniveau von 2019!³ Über zwei Millionen Bedürftige, die regelmäßig die Tafeln für Essensspenden aufsuchen, sprechen Bände über die Situation in Deutschland.

Neben den Lebensmittelpreisen sind es vor allem die Wohnkosten, die sich in Deutschland zur sozialen Frage schlechthin entwickelt haben. Knapp 28 Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens mussten bereits 2022 im Durchschnitt allein für die Miete ausgegeben werden.⁴ Bei kleinen Einkommen bis 1.500 Euro waren es sogar fast 45 Prozent, bei sogenannten armutsgefährdeten Haushalten sogar noch ein Prozentpunkt mehr.⁵

Daneben haben wir es mit einem Arbeitsmarkt zu tun, auf dem fast jeder fünfte abhängig Erwerbstätige prekär beschäftigt ist, geringfügig, nur befristet, in Teilzeit oder in Leiharbeit.⁶ 16 Prozent sind trotz gesetzliches Mindestlohnes im Niedriglohnsektor tätig, d.h. für einen Stundenlohn, der nicht einmal zwei Drittel der mittleren Vergütung in Deutschland erreicht.⁷

Wenn dabei noch hinzukommt, dass nunmehr seit Jahren von liberalen Politikern und Ökonomen das gegebene Rentenniveau genauso in Frage gestellt wird wie das Renteneintrittsalter, und wenn den Bürgerinnen und Bürgern von höchster Stelle dringend empfohlen wird, privat vorzusorgen, wenn es im Alter mal reichen soll – wohlwissen, dass dies für die untere Hälfte auf der Einkommensskala keine echte

² vgl. Ulrich Schneider: Kinderarmut sinkt markant, Altersarmut auf dem Vormarsch - Expertise zu den Erstergebnissen des Mikrozensus zur Armutsentwicklung 2023 Stand: Mai 2024; auf Plattform ulrich-schneider.rocks [broschuere_armutsexpertise-2024-2 \(1\).pdf](#) Internet letzter Abruf 01/2025

³ s. Statistische Bundesamt: destatis.de [Verbraucherpreisindex: Gesamtindex und 12 Abteilungen - Statistisches Bundesamt](#) Internet letzter Abruf 01/25

⁴ s. Statistisches Bundesamt: destatis.de [Mieten, Mietbelastung und Gemeindetyp - Statistisches Bundesamt](#) Internet letzter Abruf 01/25

⁵ s. Statistisches Bundesamt: destatis.de [Wohnkostenanteil und Wohnkostenüberbelastung - Statistisches Bundesamt](#) Internet letzter Abruf 01/25

⁶ S. Statistisches Bundesamt: destatis.de [Kernerwerbstätige in unterschiedlichen Erwerbsformen - Atypische Beschäftigung - Statistisches Bundesamt](#) Internet letzter Abruf 01/25

⁷ Im April 2023 waren dies 13,04 Euro

Option ist -, sollte es niemanden verwundern, wenn Sozialpessimismus und Abstiegsängste bis in die Mittelschicht hineinziehen.

Deutschland muss als Gesellschaft wieder zueinander finden, um Wohlstand für alle in einem umfassenden Sinne verwirklichen zu können. Es muss dazu sein soziales Fundament stärken, das schon einmal in deutlich besserer Verfassung war, und soziale Teilhabe für alle sicherstellen. Ganz konkret heißt das⁸:

1. Grundsicherungsleistungen sind so auszugestalten, dass sie tatsächlich vor Armut schützen und gesellschaftliches Miteinander ermöglichen. Es muss der in Artikel 1 und Artikel 20 Grundgesetz angelegte Grundsatz Realität werden, wonach sich niemand, ganz gleich aus welchem Grund er in Not gerät, im gesellschaftlichen Abseits wiederfinden muss.
2. Der gesetzliche Mindestlohn ist so zu erhöhen, dass er den Niedriglohnsektor praktisch austrocknet. Nach Berechnungen des WSI der Hans-Böckler-Stiftung muss er dazu aktuell auf etwas über 15 Euro anhoben werden. Im Mindestlohngesetz wäre die Marke von 60 Prozent des Medianlohnes verbindlich festzuschreiben.⁹
3. Die gesetzliche Rentenversicherung ist in Richtung einer Bürgerversicherung weiterzuentwickeln, in die ausnahmslos Alle und zwar auf Grundlage aller ihrer Einkommen – auch Kapitaleinkünfte oder Einkünfte aus Vermietungen und Ähnlichem – einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze ist abzuschaffen, zumindest aber ganz deutlich zu erhöhen. Das sogenannte Äquivalenzprinzip wäre zugunsten eines Solidarprinzips durch eine Mindestrente und einer Rentenhöchstgrenze einzuschränken.

Dass derartige Umstellungen wegen des notwendigen Vertrauensschutzes im Zweifelsfalle mehrere Jahrzehnte benötigen, ist bekannt, sollte jedoch nicht davon abhalten zu tun was schlechterdings notwendig ist, um unsere zentrale Säule der Alterssicherung zukunftsfest auszustalten.

4. Es bedarf einer konsequenten Mietpreisdämpfungspolitik. Trotz der 2015 eingeführten Metpreisbremse ist der Mietenindex um über 15 Prozent weiter angestiegen.¹⁰ Zu viele generelle Ausnahmenregelungen trugen dazu ebenso bei, wie die Tatsache, dass Verstöße gegen die Vorschriften für den Vermieter praktisch folgenlos blieben. Gerade einmal in 410 der 11.000 Gemeinden in Deutschland wurde sie überhaupt angewandt.

Der marktwirtschaftliche Verweis auf notwenigen Neubau um das Wohnungsangebot zu erhöhen und die Preis zu senken, übersieht gern, dass in oberen Preissegmenten durchaus gebaut wird. Woran es fehlt ist bezahlbarer Wohnraum. Auch wird gern übersehen, dass es nicht nur um zusätzlichen Wohnraum geht, sondern auch und grade um den Schutz von Mietern in ihren angestammten Quartieren. Eine engagierte Mietpreispolitik hat daher eine Vielzahl von Registern zu ziehen. Sie reichen von der Wiederbelebung des in Deutschland dahinsiechenden sozialen

⁸ s. ausführlich Ulrich Schneider: Krise – Das Versagen einer Republik. Neu-Isenburg 2024 S. 135 ff.

⁹ Thorsten Schulen: Die (fehlende) Umsetzung der europäischen Mindestlohnrichtlinie in Deutschland. In: Hans-Böckler-Stiftung (Hg.): WSI-Kommentar Nr.4 Oktober 2024

¹⁰ Statista: Entwicklung des Wohnungsmietindex für Deutschland in den Jahren von 1995 bis 2023.

[Mietenindex für Deutschland bis 2023 | Statista](#) Internet Letzter Abruf 01/25

Wohnungsbaus über den Ausbau kommunaler Wohnungsbestände bis hin zu der Möglichkeit eines echten Mietendeckels. Im Zweifel darf dabei auch nicht vor rigiden Maßnahmen wie der Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen zurückgeschreckt werden, wenn es sachlich geboten ist.

Voraussetzung für all dies - für die Sicherung sozialer Teilhabe durch die Sicherung eines auskömmlichen Einkommens - ist jedoch eine echte Umkehr in der Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte hin zu einem solidarischen Steuersystem, in dem hohe Einkommen und Vermögen deutlich stärker zur Finanzierung eines funktionierenden Sozialstaates herangezogen werden als es derzeit der Fall ist.¹¹ Ohne Umverteilung ist eine Wohlstandsgesellschaft für alle schlechterdings nicht möglich.

Die Vermögenskonzentration in Deutschland hat mittlerweile geradezu asoziale Ausmaße angenommen, wie uns das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) regelmäßig vorrechnet.¹² Die Spreizungen bei Vermögen und Einkommen sind derart groß, dass sie auf der anderen Seite ein steuerpolitisches Umsteuern ermöglichen, ohne dabei die Konjunktur abzuwürgen.¹³

Deutschland hat sich zu einem Steuerparadies für Hochvermögende entwickelt. Ohne Not wird auf eine Vermögensteuer ebenso verzichtet wie auf eine effektive Besteuerung großer Erbschaften. Die Kapitalertragsteuer liegt mit 25 Prozent deutlich unter dem Spitzensatz der Einkommensteuer. Dieser scheint mit seinen 42 Prozent bzw. 45 Prozent bei der sogenannten Reichensteuer seit Jahrzehnten wie in Stein gemeißelt, obwohl er noch bis zur Jahrtausendwende bei über 50 Prozent lag.

Erst eine andere Steuerpolitik lässt alles andere möglich werden. Die Steuerpolitik ist der Glaubwürdigkeitstest für jedes Wohlstandsversprechen.

¹¹ s dazu ausführlich Ulrich Schneider: Krise – Das Versagen einer Republik. Neu-Isenburg 2024 S. 147 ff.

¹² s. zuletzt Carsten Schröder u.a. 2020: MillionärlInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen. DIW Wochenbericht Nr. 29

¹³ vgl. hierzu bspw. die Konzepte aus den DIW für eine Vermögensteuer und eine Reform des Erbschaftssteuerrechts. Stefan Bach: Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern. In: DIW-Wochenbericht 50/2021 S. 807 – 815; Marcel Fratzscher: Wir brauchen eine andere Erbschaftsteuer. In: zeit.de 16.12.2022